

**bmask****BUNDESMINISTERIUM FÜR  
ARBEIT, SOZIALES UND  
KONSUMENTENSCHUTZ**Stubenring 1, 1010 Wien  
DVR: 0017001**AUSKUNFT**Mag.a Judith Strunz  
Tel: (01) 711 00 DW 2257  
Fax: +43 (1) 7158258  
Judith.Strunz@bmask.gv.atE-Mail Antworten sind bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse  
begutachtung@bmask.gv.at zu richten.An das  
Präsidium des Nationalratesper E-Mail:  
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at**GZ: BMASK-10310/0011-I/A/4/2012**

Wien, 19.04.2012

**Betreff: Entwurf für ein Bundesgesetz, mit dem das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Unternehmensgesetzbuch, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz und das Verbraucherkreditgesetz geändert werden (Zahlungsverzugsgesetz – ZVG); Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz**


Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz übermittelt unter Bezugnahme auf das Aussendungsschreiben des Bundesministeriums für Justiz vom 18. November 2011, GZ Z7.052/0018-I 2/2011, in der Beilage seine Stellungnahme zu dem im Betreff angeführten Gesetzentwurf zur Kenntnis.

2 BeilagenMit freundlichen Grüßen  
Für den Bundesminister:

Dr. Peter Gamauf

*Elektronisch gefertigt.*

Signaturwert	AaWU8hCHYnEXU0cNwEvYy55EuCrz0ci8P0N8UfrGoBB1SdgLg8SPFmdir1BkUU2DZkA BHNe+uW2NWrunVgnfOezn1mZZ30SGIxpBNITT7w/gTt2un/rt0GtGmB+8O1ykV5QshU BV+YvNse3S0UePs2Kyq3ciqWzvDFhUoaFya84=	
	Unterzeichner	serialNumber=373486091417,CN=BMASK,O=BM fuer Arbeit\, Soziales und Konsumentenschutz,C=AT
	Datum/Zeit-UTC	2012-04-19T11:03:10+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	532586
	Methode	urn:pdfsigfilter:bka.gv.at:binaer:v1.1.0
	Parameter	etsi-bka-moa-1.0
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: <a href="http://www.signaturpruefung.gv.at">http://www.signaturpruefung.gv.at</a> Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: <a href="http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH1052">http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH1052</a>	

**bmask****BUNDESMINISTERIUM FÜR  
ARBEIT, SOZIALES UND  
KONSUMENTENSCHUTZ**Stubenring 1, 1010 Wien  
DVR: 0017001**AUSKUNFT**Mag.a Judith Strunz  
Tel: (01) 711 00 DW 2257  
Fax: +43 (1) 7158258  
Judith.Strunz@bmask.gv.atE-Mail Antworten sind bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse  
begutachtung@bmask.gv.at zu richten.An das  
Bundesministerium für Justizper E-Mail:  
team.z@bmj.gv.at**GZ: BMASK-10310/0011-III/A/4/2012**

Wien, 19.04.2012

**Betreff: Entwurf für ein Bundesgesetz, mit dem das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Unternehmensgesetzbuch, das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz und das Verbraucherkreditgesetz geändert werden (Zahlungsverzugsgesetz – ZVG); Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz nimmt unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 18. November 2011, GZ Z7.052/0018-I 2/2011, zu dem im Betreff angeführten Gesetzentwurf wie folgt Stellung:

Einleitend wird bemerkt, dass die Zahlungsverzugsrichtlinie 2011/7/EU sich nur auf Rechtsgeschäfte unter Kaufleuten bzw. nach der nunmehrigen Terminologie des österreichischen UGB zwischen Unternehme(r)n bezieht, sodass sich nicht notwendigerweise daraus Konsequenzen (=Änderungen) für den Bereich des ASGG ergeben müssten. Überdies ist nicht verständlich, warum der 1.12.2012 als Zeitpunkt des Inkrafttretens der österr. Umsetzungsvorschriften genommen wird; in den EB wird lediglich ausgeführt, dass der nach der oben angeführten Richtlinie mögliche Zeitpunkt (Anmerkung: Verpflichtende Umsetzung bis 16.3.2013) nicht ausgeschöpft werden soll.

Weiters wird auf die beigeschlossene Stellungnahme der IEF-Service GmbH verwiesen, der vollinhaltlich beigepflichtet wird. Das Inkrafttreten der neuen Regelung des § 49a ASGG sollte jedenfalls in zweifacher Hinsicht modifiziert werden: Die Regelung sollte mit 1.1.2013 in Wirksamkeit treten und sich nur auf Arbeitsverträge

beziehen, deren rechtlicher Beginn nach dem 31.12.2012 liegt. Der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bildet keinen tauglichen Anknüpfungspunkt für die Vollziehung.

Abschließend wird zur Kenntnis gebracht, dass eine Ausfertigung dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrats elektronisch an die Adresse „[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)“ übermittelt wird.


Beilage:

Stellungnahme der IEF-Service GmbH

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Bundesminister:

Dr. Peter Gamauf

*Elektronisch gefertigt.*

Signaturwert	n89UcSUApVAdhHwVFqKVnveZubE4ANBKmbRs/Wmq6Y1PPN3x+BDYxlBwWvJ57dy2xnKsHuz5WvJWVgO4Y2BXJSCLHwytupkL+58MQJ4Oy1I8XjuxangHY4bZDrFzulZvIVWyU3UCk7YJsoxw5uPY2qDJnaiisDAGUop4V+GCs=	
	Unterzeichner	serialNumber=373486091417,CN=BMASK,O=BM fuer Arbeit\, Soziales und Konsumentenschutz,C=AT
	Datum/Zeit-UTC	2012-04-19T10:57:48+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	532586
	Methode	urn:pdfsigfilter:bka.gv.at:binaer:v1.1.0
	Parameter	etsi-bka-moa-1.0
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: <a href="http://www.signaturpruefung.gv.at">http://www.signaturpruefung.gv.at</a> Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: <a href="http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH1052">http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH1052</a>	

# ENTWURF EINES BUNDESGESETZES, MIT DEM DAS ALLGEMEINE BÜRGERLICHE GESETZBUCH, DAS UNTERNEHMENSGESETZBUCH, DAS ARBEITS- UND SOZIALGERICHTSGESETZ UND DAS VERBRAUCHERKREDITGESETZ GEÄNDERT WERDEN (ZAHLUNGSVERZUGSGESETZ - ZVG); STELLUNGNAHME DER IEF-SERVICE GMBH

## 1 Grundsätzliches

Mit dem Zahlungsverzugsgesetz soll die Richtlinie 2011/7/EU zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr umgesetzt werden. Im Wesentlichen werden darin die gesetzlichen Verzugszinsen - u.a. auch im ASGG - erhöht sowie Regelungen zur Erfüllung von Geldschulden per Banküberweisung im ABGB und maximal zulässige Zahlungsfristen in Unternehmergeschäften definiert.

## 2 Auswirkungen auf die IEF-Service GmbH

### 2.1 Anpassung des § 49a ASGG

Mit der Anpassung des § 49a ASGG wird der Zinssatz für ArbeitnehmerInnenforderungen von acht **auf 9,2 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz erhöht**. Alternativ wird eine Neufassung vorgeschlagen, nach der die Höhe des Verzugszinssatzes nicht über Bezugnahme auf den österreichischen Basiszinssatz, sondern auf den europäischen Bezugzinssatz festgelegt wird. Die finanziellen Auswirkungen sollen den Erläuterungen nach dieselben sein.

Nach der Übergangsbestimmung des Artikel 6 soll der neue Verzugszinssatz auf solche Vertragsverhältnisse anzuwenden sein, die nach dem Inkrafttreten der neuen Regelungen - also dem Entwurf entsprechend bei Vertragsabschluss ab dem 01.12.2012 - eingegangen werden. Würde diese optionale Differenzierung aus der Richtlinie nicht in Anspruch genommen, wären die neuen höheren Verzugszinsen für alle Vertragsverhältnisse schlagend (und würden demnach zu noch höheren Belastungen der IEF-Service GmbH führen).

Nach Berechnungen der IEF-Service GmbH (Bereich Entgeltsicherung) ergeben sich aus dieser Änderung für die IEF-Service GmbH - ohne Berücksichtigung der Differenzierung nach dem Datum des Vertragsabschlusses, das heißt sobald dies alle Vertragsverhältnisse betrifft - **Mehrausgaben** in einer Höhe **zwischen € 270.000,- und € 360.000,- pro Jahr**. Zusätzlich ist für das Abwicklungsprogramm IBP eine **zusätzliche Programmierung** erforderlich, die die Zinsenberechnung nicht nur – wie bisher – hinsichtlich der jeweiligen Fälligkeit der Forderungen, sondern auch jeweils entsprechend dem Datum des Abschlusses des Arbeitsvertrages ermöglicht, wodurch höhere Programmierkosten anfallen.

Eine entsprechend unterschiedliche Berechnung muss **auch im Rahmen des Gesamtprojektes „Magnus“ (laufende IT-Ausschreibung der IEF-Service GmbH) berücksichtigt** werden.

Darüber hinaus ist der IEF-Service GmbH das Abschlussdatum des Arbeitsvertrages in der Regel nicht bekannt. Dessen Eruiierung würde einen zusätzlichen, allenfalls auch verfahrensverzögernden Verwaltungsaufwand nach sich ziehen. Daher wird dringend angeregt, die in Art. 6 des Gesetzesentwurfes vorgesehen Übergangsbestimmung zu § 49a ASGG derart zu abzuändern, dass anstelle des Datums des Abschlusses des Arbeitsvertrags auf den im Arbeitsvertrag **vereinbarten Beginn des Arbeitsverhältnisses** abgestellt wird.

## **2.2 Rechtzeitigkeit von Banküberweisungen/Zahlungsfristen öffentlicher Auftraggeber**

Gemäß § 907a ABGB haben Banküberweisungen in Zukunft so zu erfolgen, dass der geschuldete Betrag **bei Fälligkeit dem Gläubiger auf dessen Konto zur Verfügung steht**. Die Gefahrtragung für eine Verzögerung liegt beim Schuldner, soweit sie nicht dem Bankinstitut des Gläubigers anlastbar ist.

Mangels eines vertraglich fixierten Zahlungszieles ist dabei eine Zahlung in Zukunft **binnen zehn Tagen fällig**, d.h. sie muss binnen zehn Tagen - z.B. ab Rechnungseingang - auf dem Gläubigerkonto verfügbar sein. Eine Vereinbarung eines 30 Tage überschreitenden Zahlungszieles durch öffentliche Auftraggeber - und damit auch die IEF-Service GmbH - ist nach dem neuen § 457 UGB auch für andere Zahlungsarten als Banküberweisung nichtig. In besonderen Fällen kann ein Zahlungsziel von bis zu 60 Tagen vereinbart werden.

Nachdem bisher zur Fristeinhaltung eine rechtzeitige Anweisung durch den Schuldner ausreichend war, wird durch die neue Regelung **de facto die Zahlungsfrist des Schuldners verkürzt**. Dies ist im erforderlichen Ausmaß **bei der Rechnungsprüfung und in den Zahlungsläufen** der IEF-Service GmbH **zu berücksichtigen**. Die kurze gesetzliche Zahlungsfrist hat jedenfalls bei Verträgen auf Basis der AVB der IEF-Service GmbH keine Auswirkungen, weil dort ein nach wie vor zulässiges Zahlungsziel von 30 Tagen festgelegt ist.

Wien, 13. April 2012

Mit freundlichen Grüßen:

Mag. Richard Fuchsbichler, MBA  
Geschäftsführer